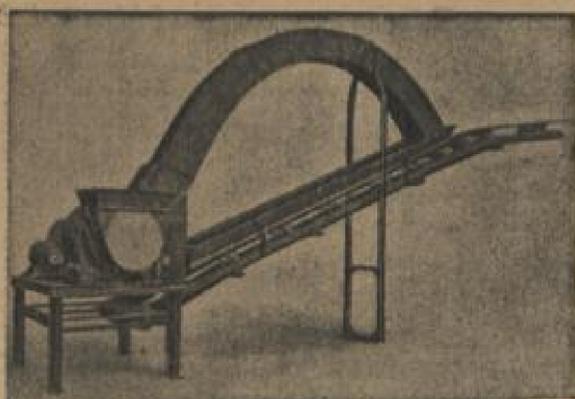


Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

5 (1.2.1950)



Das ist der neue „Stütz-Turbo-Handschneider“ zur Auflockerung und Durchlöcherung von Formasand. Typ II liefert bis 1 t Sand und Typ III bis zu 12 t in der Stunde. (Hersteller A. Metz AG, Stuttgart.)

WIRTSCHAFTSREVUE

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT

Nr. 5 — 5. Jahrgang

Karlsruhe, 1. Februar 1950

Preis 50 D-Pfennige

Sorgen der Bundesregierung

Zwei Millionen Arbeitslose - Produktionsrückgang beginnt - Wird die Stahlproduktion zu hoch? Butter teurer - Handelsvertrag mit Frankreich - Winzer in Not - Die niedrigen Importpreise

Fort vom Selbstkostendenken!

Das Gefühl für die Dynamik der Wirtschaft muß wieder wach werden

Es läßt sich nicht bestreiten, daß wir vor schweren wirtschaftspolitischen Entscheidungen stehen. Haben wir aber sich bereits die innere Aufzwickelbarkeit des Landes?

Nehmen wir den Extrakt dieser Ausführungen vorweg: Die Steuererleichterungen, die jetzt im Schilde des Ausschusses ruhen, reichen nicht aus, und man wird sofort neue beraten müssen, das Arbeitslosenproblem muß angesprochen werden, insbesondere um Despreziationen von vornherein zu vermeiden, auf dem Gebiete des Kredit- und Bundeshaushaltsminister Dethlefs eine Neuordnung anzudeuten und — das ist die Hauptsache — sowohl der Finanzminister wie der deutsche Wirtschaftler müssen vom Selbstkostendenken wegz.

Die Entscheidungen, wenn also nicht nur im Bundesrat und in der sogenannten großen Wirtschaftspolitik, sondern auch bei jedem einzelnen Industriebetrieb und Händler. Jeder muß sich entscheiden, ob er noch so denken will, wie er in den letzten 15 Jahren der Kontingenzierung, der Preisüberwindung, der L&O und RFO verdinglicht hat zu denken. „Mehr Freiheit für die Wirtschaft“ hat Minister Dethlefs gefordert. Wir fordern von den Denkern in Selbstkosten. Wir fordern es aber auch vom Finanzminister. Und damit wollen wir anfangen.

Wenn vom Finanzminister irgendwo eine Senkung der Steuern verlangt wird, dann behauptet er automatisch, das würde die Einnahmen des Staates um so-and-soviel Millionen DM vermindern. In wirklichem Rechenstille als Wissenschaftler? Wissen wir nicht längst, daß solche Mittelmaßberechnungen in der großen Wirtschaftspolitik falsch sind? Die Wirtschaft ist etwas Dynamisches. Wir haben genug Beispiele dafür, daß eine Steuererleichterung den entsprechenden Industriezweig so behelbt, daß die Staatseinnahmen nicht geringer werden, nur aus anderen Quellen fließen (Beispiel: Beihilfen der Bekleidungs- und Bekleidungsindustrie, was mehr an Einkommenssteuer brachte als an Selbstkosten). Wie kalkuliert der Bundesfinanzminister die Beihilfen der Arbeitslosigkeit, durch Senkung der Steuern auf Zigarren in seine Rechnung ein? Rechnet er richtig, so würde er die Sperre an Arbeitslosenflüssen von seinem Einnahmestück abziehen und könnte mit noch die Lohnsteuer hinzurechnen, die die wieder in Brot kommenden Zigarrenarbeiter dem Staat zahlen müssen — und dann kommen noch die Einkommenssteuern der Tabakhändler. Auch wenn man damit schon sehr weit käme, würde dies doch nicht die wirtschaftlich richtige Kalkulation, denn sie ist immer noch im Selbstkostendenken befangen.

Erstens befragen wir die Industrie, wenn er kategorisch erklärt: Wenn die Löhne steigen, muß ich auch meine Preise heraufsetzen, oder: Wenn der Preis für Kohle oder Eisen steigt, muß ich auch mehr von meinen Abnehmern verlangen. Der freie Unternehmer verlangt nicht, sondern erhält einen Preis, und es ist seine Pflicht vom Markt her, von Leistung und Gegenleistung her den Preis zu erheben. Der Unternehmer stellt die Verbindung vom Betrieb zum Markt her. Der Markt ist ein Klotz. Diesen Markt muß er kennen. Er soll den Preis wissen, den der Markt für die Leistung zahlen wird, die er ihm anbietet. Von diesem Preis geht er aus. Dann erst kalkuliert er, ob er bei diesem Preis seine Rentabilität finden kann. Seine betriebliche Leistung best. darin, günstig einzukaufen, den Betrieb rational zu gestalten, durch Werbung den Umsatz zu erhöhen und die Kosten zu senken, durch gute Löhne die Arbeitskräfte zu gewinnen und durch all dies sich seine Unternehmerrisikost zu verdienen. Verdient er also einmal nicht, dann hat er eben den Markt nicht verstanden. Dann hilft ihm auch die beste Kalkulation nichts. Der Satz: „Ich muß doch meine Selbstkosten verdienen“ kann nie aus dem Munde eines echten Unternehmers kommen. Man kann sich Mühe tun, und man kann sich in einer Mode irren. Der Unternehmer kann auch in Versuchung geraten, durch eine überhöhte Besteuerung selbstkostenfrei zu werden, wie wir es heute erleben. Man spart nicht, man macht Steuern, weil in doch die Steuer 70 oder 80% davon bezahlt. Die falsche Besteuerung hat also einen Teil Schuld an dem falschen Denken.

Einmal ist es beim Händler, insbesondere wenn er Waren verliert, die stark einbezahlt sind. Er gerät näm-

entlich wird es um das Arbeitslosenproblem lebendig. Wir glauben nicht, daß die im Januar stark gestiegene Zahl der Arbeitslosen der wirkliche Anlaß war, insofern muß damit gerechnet werden, daß wir im Bundesgebiet am 1. Februar rund 2 Millionen Arbeitslose haben werden. Der Zugang von rund 14 Millionen in den letzten sechs Wochen ist an sich wohl ein Alarmzeichen, wenn auch berücksichtigt werden muß, daß der Einfall der Kaltverleihe die sich im Herbst stark steigende Bauaktivität zum Erliegen brachte, und daß die Landwirtschaft im Januar am wenigsten Arbeitskräfte braucht. Die Erörterung dieses Problems ist ein Schritt dahin, daß ein allseitiger Sprecher erklärt: Wenn die Bundesregierung das Arbeitslosenproblem nicht lösen könne, dann müßten es die Alliierten tun. In dieser Formulierung liegt eine Kritik, zu der die Alliierten nicht aktiv legitimiert sind, wogegen die Alliierten zweifellos recht hätten, wenn sie so formulierten: Wir sind im wesentlichen schuld an dieser Arbeitslosigkeit, darum müssen wir uns auch bemühen, sie zu beseitigen. Thun das arbeitslose Volk hat dies viel besser als wir, das können bereits vor ein paar Tagen erklärt. Das Bundesgebiet beherrschte heute 25% mehr Menschen als vor dem Krieg, dazu kom-

men noch 2 Millionen Flüchtlinge aus der Ostzone.

Sind wir Deutschen heute noch an dieser Entwicklung schuld? Es ist auch in Deutschland noch nicht vergessen, daß durch die Demontagen allein 300.000 Menschen ihre gewohnten Arbeitsplätze verloren haben. Rund 600.000 arbeitsfähige Menschen sind aus der Ostzone hierher gekommen und vielleicht 200-300.000 sind saisonbedingt arbeitslos. Danach wäre die Bundesregierung höchstens verantwortlich für rund 300.000 Arbeitslose, und in dieser Zahl stecken erstens diejenigen, die nicht einstellbar sind und die übliche Fluktuation. Von dieser Seite her ist also die Verantwortung der Bundesregierung nicht groß. Ja, man könnte sogar sagen, daß wir vielleicht noch keine Arbeitslosigkeit hätten, wenn die Demontagen und der Zustrom aus der Ostzone nicht gewesen wären.

Muffigkeit wegen der Steuerlast

Dagegen — und damit kommen wir auf ein Problem, das bisher in dieser Diskussion noch nicht erörtert wurde — ist die Bundesregierung schon in erheblichem Maße dafür verantwortlich, was wir heute einmal die Tendenz zur Arbeitslosigkeit nennen wollen. Die

Handelsbasis Europa!

Deutschland muß sowohl den Handel mit Ost- als auch mit Westeuropa pflegen

Wir haben zu unserem Leidwesen erfahren müssen, daß auch im Jahre 1948 ein klaffender Widerspruch zwischen der herrschenden Theorie von der Zusammenarbeit auf unserem Kontinent und der praktischen Wirklichkeit bestand. Die allseitige Eingliederung Westeuropas und der praktischen Haltung der europäischen Regierungen in handelspolitischen Verhandlungen untereinander und ein gegenüber bestand, ein Unterschied, der um so stärker als früher hervortrat, je weiter die zu lösenden ökonomischen Probleme den Bereich weiten. Die Abgrenzung des Vertriebs mit Teile der einseitigen Souveränität und die Sorge vor der wiedererwarteten deutschen Konkurrenz sind es, die eine europäische Kooperation herbeizutreiben. Mit lebhaftem Interesse wird man bei dieser Lage, die wir vom Politischen her nicht ändern können, und mit der wir uns abfinden müssen, ob wir wollen oder nicht, die Ausführungen in der Wirtschaftsrevue Nr. 2 von 1. Januar 1949: Die Wirtschaftsbase in Europa“ gelesen haben, in denen der Verfasser an Hand statistischen Materials über den deutschen Außenhandel mit Europa und seinen Anteil am europäischen Waren-

umsatz den Status unseres Erdteils im Wert wirtschaftlicher Verflechtung in Europa vor Augen hält. Die Darlegungen geben zu zwei zusätzlichen Bemerkungen Anlaß.

1. Auch die erwähnte Arbeit spricht von der Wichtigkeit einer Verständigung im Ost-West-Handel, in der Tat liegt in diesem Problem eine der dringendsten ökonomischen Zeitfragen. Die Besetzung der Zölle und eben auch die Liberalisierung des Außenhandels in ungewohnter Richtung, nämlich von Deutschland auswärts. Da hapert es noch erheblich. Wir brauchen in der vorliegenden Ausgabe das Beispiel, daß englische Firmen Westdeutschland einen chinesischen Stahlbedarf westeuropäisch, der uns bereits erfüllt war. Wir stellen mit Bedauern fest, daß Deutschland bei einer Ausschreibung von 1900 Fertigungsfähigkeit abgelehnt werden mußte, weil wir in Australien nicht vertreten sind und im Kontrast die Erleichterung der Häuser an Ort und Stelle vorgezogen ist. Gerade mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit rufen wir dazu, die es angeht, zu entscheiden. Zwischen dem Niederhalten einer Konkurrenz und dem Niederhalten einer politischen Gefahr.

	1938		II Monate 1949	
	Summe	v. H. d. Gesamt-ein- u. ausf.	Summe	v. H. d. Gesamt-ein- u. ausf.
Deutsche Einfuhr aus dem Osten	683,7	16,2	41,4	8,0
Deutsche Ausfuhr nach dem Osten	749,4	15,7	10,06	0,2
Handelsbilanz für Deutschland (1948 bis Doppelzelle)	+ 59,7		- 31,4	

Hier liegt also wirklich Veranlassung vor, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln nach einer Verbesserung zu streben, so daß auch eine Besetzung der berechtigten Sperrverfügung der JZEA aus dem November 1948 wenigstens Inanspruchnahme würde, als sie keine Handelsartikel ohne strategische Verwendungsmöglichkeit betrifft.

2. Auch für die deutsche Wirtschaft

	1938		II Monate 1949	
	Summe	v. H. d. Gesamt-ein- u. ausf.	Summe	v. H. d. Gesamt-ein- u. ausf.
Deutsche Einfuhr aus Europa	2523	59,8	1366	27,3
Deutsche Ausfuhr nach Europa	3275	70,7	2380	47,4
Handelsbilanz für Deutschland (1948 Doppelzelle)	+ 561		+ 403	

Wir leiden also an einer Überbewertung der Einfuhr von Übersee her und der Ausfuhr nach Europa. Zwar hat sich auch hier seit Beginn des Jahres 1948 ein Anstieg im Anteil der Einfuhr aus Europa am Gesamtimport der Doppelzelle von 27,3 auf 34,7 des Durchschnitts vor dem Jahre 1949, und ein Abfall im Verhältnis der Ausfuhr nach Europa am Gesamtexport der

	1938		II Monate 1949	
	Summe	v. H. d. Gesamt-ein- u. ausf.	Summe	v. H. d. Gesamt-ein- u. ausf.
Deutsche Einfuhr aus Europa	2523	59,8	1366	27,3
Deutsche Ausfuhr nach Europa	3275	70,7	2380	47,4
Handelsbilanz für Deutschland (1948 Doppelzelle)	+ 561		+ 403	

hat die Basis ihres Außenhandels früher in Europa gelegen und befindet sich heute noch dort. Das darf uns aber nicht davon hindern, den Güterverkehr mit dem außereuropäischen Erdteil großzügig zu pflegen. Auch hierfür sei ein analoges Zahlenbild (weder in Mill. RM oder DM) gegeben, das den Unterschied zwischen dem heutigen Zustand und der Vorkriegszeit scharf hervor-

	1938		II Monate 1949	
	Summe	v. H. d. Gesamt-ein- u. ausf.	Summe	v. H. d. Gesamt-ein- u. ausf.
Deutsche Einfuhr aus Europa	2523	59,8	1366	27,3
Deutsche Ausfuhr nach Europa	3275	70,7	2380	47,4
Handelsbilanz für Deutschland (1948 Doppelzelle)	+ 561		+ 403	

treten läßt:

Doppelzelle von 68,4 auf 82,3 bzw. 82,4 v. H., ergeben. Aber ein Vergleich mit dem Vorkriegszustand stellt, um zu erkennen, wie weit wir auch hier von einem auch einigermaßen befriedigenden Zustand noch entfernt sind, obwohl hier ein Wandel für Schöpfung und Erhöhung der Devisenverfüglichkeit, was bei uns abnehmend über-schützt werden will das Übergewicht als Lieferant.

300.000, die in den sechs Wochen arbeitslos wurden, sind nicht nur Saisonarbeiter, kommen nicht nur von Bau und von der Scholle. Und hier setzt die Kritik ein, die wir immer wieder an dieser Stelle vorgebracht haben: Die Steuerbelastung ist an einem Punkt angekommen, an dem sie Arbeiter freisetzt, an dem sie Investitionen verhindert und an dem sie die Freude am wirtschaftlichen Erfolg in eine Mühseligkeit verwandelt. Ein Beispiel hätte schon sprechen sollen und wir haben dies Beispiel auch sofort in diesem Sinne aufgegriffen: Die Zigarrenindustrie. Durch die stete Überbelastung kam es plötzlich in dieser Industrie zu Massenentlassungen, und man mußte sich kurzfristig zu einer Steuer-senkung entschließen. Gelehrt hat man aber aus diesem Beispiel nicht. Die Steuererleichterungs-Vorläufe in Aussicht unterzogen und es wäre besser gewesen, man hätte es seltener damit gehabt.

Neben der Mühseligkeit ist der zweite Grund für die plötzliche Arbeitslosigkeit die im Zuge der Liberalisierung des Außenhandels einsetzende erhöhte Importfähigkeit. Auch sie hat vielleicht nicht im Moment allzuviel Arbeitskräfte freigesetzt, aber sie gibt der Tendenz zur Arbeitslosigkeit erhebliche neue Nahrung. Bei den Importeuren, beim Großhandel und beim Einzelhandel sind erhebliche Verluste eingetreten (insbesondere bei den Eiern, aber auch bei den Obst). Daß die Banken auch zu leiden gehabt haben und noch haben werden, dürfte bei dieser Sachlage wohl klar sein. Das alles wird die Unternehmerrisikost keineswegs — und ohne Initiative gibt es nun eben einmal die Tendenz zur Arbeitslosigkeit.

Wacht mehr Export möglich

Wacht aber man wieder die Alliierten stärker verantwortlich sind und somit man die Arbeitslosigkeit gut und schnell beheben könnte, das wäre die Besetzung der Einfuhrkontingente, die Herabsetzung der Zölle und eben auch die Liberalisierung des Außenhandels in ungewohnter Richtung, nämlich von Deutschland auswärts. Da hapert es noch erheblich. Wir brauchen in der vorliegenden Ausgabe das Beispiel, daß englische Firmen Westdeutschland einen chinesischen Stahlbedarf westeuropäisch, der uns bereits erfüllt war. Wir stellen mit Bedauern fest, daß Deutschland bei einer Ausschreibung von 1900 Fertigungsfähigkeit abgelehnt werden mußte, weil wir in Australien nicht vertreten sind und im Kontrast die Erleichterung der Häuser an Ort und Stelle vorgezogen ist. Gerade mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit rufen wir dazu, die es angeht, zu entscheiden. Zwischen dem Niederhalten einer Konkurrenz und dem Niederhalten einer politischen Gefahr.

Weinbau in Not

Ein besonders krasse Beispiel erfahren wir aus Kreisen des Weinbauers. Der englische Zoll für Flaschenweine ist heute fast so hoch wie im Frieden. Dagegen ist die Weinimportzoll nach England sehr gering. Also besteht England über Wein aus Frankreich — und verkauft Algerienweine (I an uns). Der deutsche Weinbau hat aber kein Interesse daran, Fußweine zu exportieren, weil damit keine Garantie aus Qualität gegeben ist. Dadurch, daß man in England viele Jahre hindurch deutsche Weine nicht bekommen konnte, muß der ausländische Käufer erst wieder an den deutschen Wein gewöhnt werden und die deutsche Qualität bewiesen werden. Dies geht aber nur über den Flaschenexport. Weitere Zahlen aus diesem Wirtschaftszweig: Im Frieden exportierten wir für 15 Millionen Mark Wein, heute ist die Ausfuhr kaum zu nennen, dagegen beabsichtigt die Bundesregierung für 40 Mill. DM Weine zu importieren. Die Folgen machen sich jetzt schon bemerkbar: Es werden Importweine zu Preisen angeboten, zu denen der deutsche Weinbauer unbedeutend liefern kann. Die Not in diesen Kreisen ist heute schon fast so groß wie zur Zeit des spanischen Handelsvertrages im letzten Frieden. Eine Million Menschen leben von Weinbau, und davon 80% im linksrheinischen Gebiet (und davon wiederum Drittel in Rheinland-Pfalz). Das Weinbaugebiet ist von der Reblaus befallen, große Kantonalen wären erforderlich, um diese Stöcke durch gesunde zu ersetzen — und dann hat ausgerechnet Rheinland-Pfalz als einziges Land eine Weinabgabe, die sich bei der Ausfuhr nach noch als eine Exportabgabe erweist.

Handelsvertrag mit Frankreich

Man sieht, so geht es nicht, und trotzdem ist der deutsch-französische Han-

In dieser Nummer:

- Steigende Automobillieferung
- Europäer durch Liberalisierung?
- Reisebüro im Forstwirtschaftsjahr 1950
- Die Saargraben
- Osterreichs Interesse für Wasserstraßen-Projekte
- Belgische Außenhandel stark passiv
- Lothringische Notizen
- Das kanadische Nickelmonopol
- Zinnpufferpool ernst akust?

delvertrag, entsprechend unserer Ankündigung in der vorigen Ausgabe, nun doch ohne Änderung (1. im Montagabend paragrafiert wurden und wird Ende dieser Woche wohl unterzeichnet werden. Deutschland will damit seinen Willen zur deutsch-französischen Verständigung bezeugen — wirtschaftlich müssen wir heute schon Bedenken anmelden. Gewiß ist die Ziffer von 300 Mill. Dollar für ein halbes Jahr erheblich hoch und Frankreich ist damit der größte Handelspartner Deutschlands. Aber so sehr wir uns auch über 200 Millionen Export freuen, so gefährlich wird ein Teil der 300 Mill. Dollar für die deutsche Landwirtschaft. Gewiß hat es sich sehr schon an, daß 30% der Waren in diesem Abkommen frei von jeder Einfuhrbeschränkung sind, aber andererseits ist der Verbrauch Frankreichs gebrochen, bei den Kontingenten wird kürzen zu können, wenn die Wirtschaft des westlichen Landes diese Einfuhr freisetzen nicht erlaubt. Man wird die einzelnen Positionen zunächst einmal durchrechnen müssen, wenn die Verflechtung weltweit. Die Welt, wissen wir nur, daß wir Kohle, chemische Produkte und Maschinen liefern sollen, Frankreich dagegen Industrieprodukte, meist wohl textile Art, Bakterien und landwirtschaftliche Produkte.

Die niedrigen Importpreise

Wenn die Preise, die sich durch diese Importe erzielen, so niedrig sind, daß zu gleichen Preisen die deutsche Landwirtschaft nicht liefern kann, dann geht von hier eine neue Tendenz zur Arbeitslosigkeit aus, welche wir dafür voll verantwortlich sind. Wie der Leser aus einem Bericht an anderer Stelle dieses Blattes entnehmen wird, steigt auch der Import von Automobilen (auswärtig) und die Preise des Hauptes, des Autos und des Fiat sind niedriger als die billigsten deutschen Wagen. Wohl haben diese Fabriken noch keinen Service in Deutschland, aber dies ist — wenn auch nicht ganz — eine Frage der Zeit. Wohl sind die deutschen Personenzwagen-Fabriken noch viele Monate mit Aufträgen versorgt, aber das Bild könnte sich schnell ändern, wenn die Motorindustrie zur Depression wird und mangels Zahlungsfähigkeit viele Aufträge storniert werden müßten. Er kommt hinzu, daß sowohl die französische wie die italienische Automobilproduktion mit ERP-Mitteln wieder aufgebaut wurde, die deutschen Fabriken aber erstens aus eigenen Mitteln wieder aufbauen und zweitens damit auch nicht fertig sind — und eben drittens in Deutschland die ERP-Mittel mehr zum Konsum als zur Investition benutzt wurden. Darum auch mit Recht die Forderung des Bundesarbeitsministers, den Gegenwertfonds (autark) voll zur Investition freizugeben. Gleichwohl mit dieser Forderung kommt die Meinung, daß veranschlagt eine Kürzung um etwa ein Fünftel vorgenommen werden muß gegenüber dem bereits in der Liste veranschlagten, also zugesagten Krediten aus dem Gegenwertfonds.

Die handelspolitische Aktivität in Europa ist augenblicklich groß. Bald wird ein Vertrag zwischen Deutschland und Italien dem deutsch-französischen folgen — und die Ursachen ist nun doch geboren worden. Am Montagabend haben die Vertreter Englands, Schwedens, Norwegens und Dänemarks eine entsprechende Vertrag unterzeichnet und am 1. März soll dieses Kind aus der Taufe gehoben werden. Dabei erklärte man ausdrücklich, daß es sich zunächst nicht um eine Liberalisierung handelt, sondern um die Beilegung der verschiedenen Klassen handelspolitischen Meinungen.

Stahlproduktion zu hoch!

Und nun geht wieder der O...

Europaunion durch Liberalisierung?

Von Dr. Hans Posse

Die Tage eines freien Außenhandels sind noch lange nicht angebrochen. Immer noch lauern Zölle und Einfuhrbeschränkungen auf dem Wege.

Die Repräsentanten der großen Politik sind gewöhnlich mit anderen Angelegenheiten zu stark beschäftigt, um in gebührender Weise auf den verschiedenen Pfaden der Wirtschaftspolitik wandeln zu können. Trotzdem reden sie gerne über ökonomische Themen. Man darf sich daher nicht wundern, daß bei ihnen wirtschaftspolitischen Diskussionen so wenig an Positivem herauskommt wie in den letzten Monaten auf der europäischen Bühne. Anders ist es schon mit den Diplomaten bestellt. Sie haben sich während der Jahre ihrer Berufstätigkeit in so reichem Maße wirtschaftlichen Dingen zu widmen Gelegenheit gehabt, daß sie zu vertieften Spezialkenntnissen dieses schwierigen Faches geworden sind. Wenn ein erfahrener Diplomat wie der französische Oberkommissar André François-Poncet, dem in seinem Leben unter anderem als französischer Botschafter in Berlin und Rom der wirtschaftliche Wind tüchtig um die Ohren geblühen hat, seine Stimme zu ökonomischen Problemen hören läßt, so gibt es dabei sicher etwas zu lernen. Daß er sich in seiner Doppelrolle als Diplomat und Oberkommissar und, weil ihm eine Verbesserung des deutsch-französischen Verhältnisses stets am Herzen gelegen hat, über das Schicksal Europas Sorgen macht, ist nur allzu verständlich. Es verdient alle Beachtung, wenn François-Poncet in einer Rede vom 24. Januar 1950 über die deutsch-französischen Wirtschaftsprobleme zu Kassel die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich als Grundlage für eine europäische Einigung bezeichnet. Sein weiterer Gedanke, daß der Weg zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß der europäischen Staaten nur über die völlige Liberalisierung ihres Handels laufen könne, ist auch wenn man ihn nicht für erschöpfend hält, zweifellos wertvoll.

Falls man unter „Liberalisierung des Handels“ mit der landläufigen Deutung nur die Beseitigung der handelsrechtlichen Einfuhrverbote versteht, wird der französische Oberkommissar recht haben. Die von Marshallplan-Administrator Paul Hoffman geforderte „Integration Europas“ ist sicher nicht zu erreichen, solange die Importverbote eine Intensivierung des Warenaustausches auf unserem Kontinent verhindern. Der Mißerfolg des von der Bundesregierung in gewissem Maße unternommenen Versuchs, der Lösung des Problems in zweiseitigen Handelsverträgen näherzukommen, der an der Unfähigkeit der in diesen Verträgen enthaltenen Konzeptionen und an der Unmöglichkeit des handelspolitischen Mittels zur Entfaltung der von den intereuropäischen Güterverkehrsgeheimnissen Fesseln überhaupt gelöst ist, lehrt uns, daß nur auf dem Wege der gesamteuropäischen Verständigung das Übel an der Wurzel gepackt werden kann. Auch die Zollschwierigkeiten, die vielleicht noch härter als die Freiheit des Handels belasten, und gerade sie sind ein typisches Objekt für multilaterale Regelung. Sie steht im Augenblick wieder in den Kreisen der Pariser Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas zur Debatte.

Aber man ist heute, da die Augen der Exportaufnahme wie gebannt auf Einfuhrverbote und Devisenbestimmungen starren, zu leicht versucht, zu vergessen, daß mit ihren Verschwinden die Tage eines freien Außenhandels noch

lange nicht angebrochen sind. Im Hintergrund lauert der Zoll, der mit der Aufhebung der Einfuhrverbote und mit einer Konvertibilität der Währungen erst in seine alte Aufgabe als einziger Regulator des Warenaustausches über die Grenzen zurückkehrt. Hier werden die in der Zukunft zu erwartenden Ergebnisse bereits ihre Schatten voraus. Schon wiederholt haben im vergangenen Jahre Reformpläne in der Zollmaterie internationale Prozesse ausgelöst (man denke nur an die dänische Beschwerde über den prohibitiven Charakter der Zölle in der Beneluxunion und an den amerikanischen Einspruch auf der Konferenz von Ansey gegen die Höhe der Zölle für eine italienische Tarifzelle), und diese italienischen Absichten ebenso wie der Inhalt manch anderer Gesetzesentwürfe, z. B. die französischen Zolländerungen, machen uns auf allerlei Unfreiheiten gefaßt. Dem Zollabbau wird also in Zukunft erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden sein, und ohne eine europäische Zollunion sind die wirtschaftspolitischen Wirkungen der Zollfreiheit auf unserem Kontinent nicht zu messen, wie auch erst die Schaffung des Deutschen Zollvereins Ordnung in Deutschland gebracht hat. Die wachsende Not wird den Politikern vor Augen führen, daß sie sich zugunsten einer europäischen Zentralverwaltung von ihnen liebgewordenen Teilen der einzelstaatlichen Souveränität trennen müssen.

Bei der Aussuchung nach den Methoden zur Erreichung dieses Zieles ist in den Debatten der von den Marshallplan-Staaten gebildeten Brüsseler Studienkommission für eine europäische Zollunion als einfacher und am raschesten zu dem gewünschten Erfolg führender Weg derjenige über regionale Zollbindnisse empfohlen worden. Die in der Zollreform steckenden Probleme sind so verzwickelt, und ihre Entscheidung ist für die betroffenen Volkswirtschaften so wichtig, daß die Vereinheitlichung nur vom Teile zum Ganzen vor sich gehen kann; je mehr Staaten sich von vorneherein an gemeinsamer Lösung versuchen, um so verwandter und unhandlicher wird die Einigung ausfallen. Nicht die multilaterale Konvention, sondern nur eine Verständigung zwischen wenigen Reformern vermag hier einen wirklichen Fortschritt zu bringen. Das ist auch der Grund, warum wir uns über die Entscheidung freuen können, mit der unsere nordwestlichen Nachbarn das Zusammenwachsen ihrer Länder im Benelux-Bündnis verfolgen, warum wir das Streben der französisch-italienischen und der skandinavischen Zollunion bedauern müssen, und warum endlich unsere besten Wünsche die Verhandlungen zwischen Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten über „Finabel“ begünstigen. Wir brauchen dabei gar nicht zu verhehlen, daß wir auf die Eingliederung der Bundesrepublik in eine dieser Neuschichtungen hoffen. Erst wenn sich hier und dort in Europa derartige regionale Zusammenschlüsse vollzogen haben — und gerade die Aufnahme Westdeutschlands würde der Idee einen ungeahnten Auftrieb verleihen —, ist es möglich, sie gemeinsam in die europäische Zollunion einzumünden zu lassen. Falls also François-Poncet die Liberalisierung des europäischen Handels in diesem Sinne versteht hat, ist er im Recht, wenn er dagegen glaubt, der europäischen Zollunion mit multilateralen Konventionen auf dem Leib rücken zu können, ist er

*Harte Arbeit,
reiche Ernten...*

Die steigende Nachfrage nach den würzig-kraftvollen Virginia-Tabaken (heute wollen sogar erklärte Freunde des Orienttabaks ihre belebende Wirkung nicht mehr entbehren) veranlaßt die virginischen Pflanzer zu steigenden Anbauleistungen. In harter Arbeit erzielen sie wachsende Erträge.

Nach strengen, durch Tradition und Erfahrung festgelegten Regeln baut der Tabakbauer des Orients seinen von alterher berühmten Tabak. In mühsamer Handarbeit bestellt er zusammen mit seiner Familie sein schmales Feld; mit ihr zusammen bringt er die köstliche Ernte ein.

TABAKLAND VIRGINIA und TABAKLAND ORIENT geben ihr Bestes zum Besten der *502*



mild und süß



Der Holzeintrieb im Forstwirtschaftsjahr 1950

Freie Marktwirtschaft auch auf dem Sektor Forst und Holz

Mit dem am 1. 10. 49 begonnenen Forstwirtschaftsjahr 1950 (Ezde 30. 9. 50) ist die Forst- und Holzwirtschaft von dem letzten Bundesmonat einer antiquierten Zwangs- und Befehlswirtschaft befreit. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die Bewirtschaftungsbestimmungen für Grubenholz, Nadelstammholz und Brennholz nicht erneuert. Die Doppelzone ist damit von dem im vergangenen Wirtschaftsjahr noch bestehenden Lenkungsverschriften befreit. Die französische Zone erfüllt mit dieser Regelung eine revolutionäre Neugestaltung des gesamten Holzeintriebes und Holzmarktes, hatte sie doch im vergangenen Forstwirtschaftsjahr noch bis ins Detail gehende Einfuhr- und Sortenpläne, je Holzart mit Einkaufspreisen, Stigewerkkontrollen, Straßenkontrollen für Schnitt- und Rundholztransporte als Ausmaß einer bis ins Extreme gestiegenen Zwangswirtschaft. Mit dem Eintrieb im nunmehr begonnenen Forstwirtschaftsjahr tritt eine kleine ungewollte Senkung gegenüber 1949 ein, die jedoch weniger infolge ihrer Umgestaltung als weit mehr dadurch beschleunigt ist, daß die walderwerbenden und holzverwendenden Sortenlagen rechtlich in Wegfall geraten, daß jeder Waldbesitzer im Rahmen seiner Globalumlage je nach seinem waldbaulichen und betriebswirtschaftlichen Grundbesitz selbst bestimmen kann. Damit ist einer der größten Wünsche der Forstwirtschaft in Erfüllung gegangen.

Der Holzeintrieb im nunmehr begonnenen Forstwirtschaftsjahr soll das Gesamtergebnis von 29 Millionen Festmeter in den drei Westzonen erbringen. Die frühere Doppelzone hat dabei 23, die französische Zone 4 Millionen Festmeter aufzubringen. Insofern der Doppelzone trägt das amerikanische besetzte Gebiet 14, der britische Kontrollbereich 26 Prozent. Die Aufteilung auf die Län-

der ergibt einen Fällungsveranschlag von

42% in Bayern
22% in Hessen
10% in Württemberg-Baden
18% in Niedersachsen
9% in Nordrhein-Westfalen und
1% in Schleswig-Holstein.

Sortenmäßig fällt der Hauptanteil des Eintriebes auf Nadelstammholz und Schwellen mit 19,4 Millionen Festmeter, d. h. 48%. Bei Nadelstammholz ist das Einzugsloß gegenüber dem Vorjahr um fast 1 Million Festmeter höher als im Vorjahr. Laubstammholz und -schwellen nehmen mit 13 Millionen Festmeter 28% des Einzugsloßes ein, wobei gegenüber dem Vorjahr eine Minderung vorgesehen ist. Das besonders knappe Grubenholz erfordert einen Anteil von 14%, das Faserholz von 9%. Das Grubenholzeintrieb ist von 13 Millionen Festmeter zurückgegangen; dafür werden aus der französischen Zone 300 000 Festmeter Grubenholzeintrieb erwartet. Einen beträchtlichen Fortschritt in sinnvoller Holzumschichtung und Holzverwertung bedeutet der Rückgang des Brennholzeintriebes auf 4,7 Millionen Festmeter um 21%.

Das Gesamteintriebsloß von 29 Millionen Festmeter für die frühere Doppelzone stellt gegenüber dem ursprünglichen Plan, wie er in dem sogenannten Aktionsprogramm 1949/50 der OEEC in Paris vorgesehen hat, eine Minderung um 1 Million Festmeter dar. Mit Rücksicht auf die Schnittminderungen aus der französischen Zone, die einer Rohholzeintrieb von 0,8 Millionen Festmeter entsprechen, konnte das bismale Einzugsloß von 24 auf 23 Mill. Festmeter gesenkt werden.

In letztem Forstwirtschaftsjahr 49/50 war das bismale Einzugsloß auf 20,9 Mill. Festmeter festgelegt. Infolge der während und unmittelbar vorpolitisch bedingten Zurückhaltung der Käufer hinter den Erwartungen konnte das vorgesehene Einzugsloß von 20,9 auf 24

Mill. Festmeter gesenkt werden. Daher stellt das diesjährige Einzugsloß mit 23 Mill. Festmeter keine wesentliche Änderung gegenüber dem Vorjahr dar.

Für das Forstwirtschaftsjahr 1950 sind an Holzeintrieb geplant: 500 000 Festmeter Faserholz für Papier- und Zellstoffherstellung; 800 000 Festmeter Grubenholz für das Ruhr-Aachener Bergbaugebiet; 230 000 Kubikmeter Schichtholz; 300 000 Festmeter Spezialholzer verschiedener Art, wie die vom Schiffbau, der holzverarbeitenden Industrie und zahlreichen anderen holzverwendenden Wirtschaftszweigen benötigt werden.

Wie der Holzeintrieb tatsächlich durchgeführt wird, ist abhängig von der Entwicklung der Wirtschaft, insbesondere des Baumarktes, der den Holz-

markt im wesentlichen bestimmt. Unbedingt in der gesamten Höhe nötig ist die Einfuhr von 600 000 Festmeter Grubenholz. Um die Kohlenwerke von dem steten Damoklesschwert eines Grubenholzeintriebes zu befreien, ist zu fordern, diese Einfuhren sachgemäß vorzunehmen und den Gruben zur Steigerung zu nutzen, um sie für allemal genügend Holzvorräte dort investiert zu haben.

Neben den Einfuhren aus dem Ausland werden aus der französischen Zone in die Doppelzone 1 197 000 Festmeter Stammholz überführt. Aus der franz. Zone werden weiterhin 440 000 Festmeter dem Export überwiesen.

Der Gesamteintrieb der drei Westzonen von 29 Mill. Festmeter hat folgendes Gesamtergebnis als Ziel: Stammholz 18 550 000 Festmeter (57% des Gesamteintriebes); Grubenholz 3 770 000 Festmeter (12% des Gesamteintriebes); Faserholz 2 800 000 Festmeter (9% des Gesamteintriebes); Brennholz 5 940 000 Festmeter (21% des Gesamteintriebes).

Der Einzugsloßplan der Bismale für das Jahr 1949/50 in Millionen Festmeter mit Hinweis:

Länder	Stammholz		Grubenholz	Faserholz		Brennholz	Summe
	Metz	Laub		Metz	Laub		
Bayern	8,20	0,30	1,50	0,80	0,07	1,88	5,85
Württemberg-Baden	1,27	0,18	0,30	0,10	0,01	0,50	2,26
Hessen	1,85	0,20	0,25	0,30	0,23	1,50	4,38
Niederrhein	1,30	0,07	0,51	0,08	0,06	0,73	3,43
Nordrhein-Westfalen	0,70	0,22	0,44	0,10	0,03	0,44	2,07
Schleswig-Holstein	0,06	0,15	—	—	—	0,05	0,26
Zusammen	10,04	2,80	3,20	1,38	0,50	4,74	23,00

Die Mengen für Stammholz verstehen sich einschließlich Schichtstammholz, Generaltholz, Hiebholz und Derbholz. Das Grubenholz umfaßt Mengen bis zu 20 Zentimeter Durchmesser.

Der Verkauf des Holzes kann ohne jede Käufervereinbarung oder jede Zustimmung erfolgen. Von dieser Freiheit der Abordnung unberührt bleiben die Verfügungen über die Maß- und Normzahlen als obere Preisgrenze. Damit ist die Absurdität einer freien Marktwirtschaft bei gebundenen Höchstpreisen erreicht. Wenn gefordert wird, diese Preise fallen zu lassen, wenn man argumentiert, daß diese ja heute einzuhalten seien und man sich billiger kaufen könne, so dürfen diese oberen Preisgrenzen zumindest vorerst nicht gelock-

ert werden. Der derzeitige Holzüberfluß Westdeutschlands bei einer allgemeinen Weltknappheit ist ein Zeichen der seit Dezember begonnenen Absatzkrise im Zuge der allgemeinen Wirtschaftsdpression. Diese Schwemme kann bei einer auch nur so kleinen Konjunkturaufschwung im Zuge allein des Wohnbaues schon morgen einem allgemeinen Mangel weichen. Dann wird sich zeigen, welches Preisniveau sich herauskristallisiert wird. Wenn hierzu noch eine größere Importmenge und auch ausreichende Holzvorräte sind, mag man an die Lockerung der Preisobergrenzen schon denken. Vorerst ist es um das Thema des Sommer 1949 zu vermeiden, insofern, im Interesse der Endverbraucher sind auch mal-

verpflichtend, obere Preisobergrenzen zu sichern. Als zwingendes Problem steht die Beseitigung des Preisgefälles zwischen früherer Doppelzone und dem französisch kontrollierten Bereichs jedoch an. Der bisher noch bestehende Preisunterschied von ca. 16% wird bei billigen Holzverkäufen der Industrie der französischen Zone in der Doppelzone einseitig wirtschaftliche Depressionen in der Binnenwirtschaft ergeben, wie andererseits das Bestreben der In-

nenindustrie den gesamten Holzmarkt in der franz. Zone selbst aufzuheben, die Holzwirtschaft dieses Gebietes ihrer Holzlieferungsgrundlage entziehen würde. Es wird Aufgabe des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sein, bis zum Beginn der Holzverkäufe aus dem Wintermonat 49/50, also bis Februar/März 1950 eine Regelung zu treffen, die auch auf dem Sektor Holz ein einheitliches westdeutsches Wirtschaftsgebiet sichert.

Fossil

Die Saargruben

... unter französischer Verwaltung

Bei den begonnenen französisch-saarländischen Verhandlungen wird die Frage des Besitzrechtes und der Ausbeutung der Saargruben eine bedeutsame Rolle spielen. Man weiß, daß bei dem kürzlichem Besuch des französischen Außenministers Schuman in Bonn das gleiche Thema mit dem deutschen Staatsminister erörtert worden ist. Auf die Saargruben, die früher im Besitz des Reiches waren, erhebt nicht nur die Bundesregierung als Nachfolgerin des Reiches Anspruch, sondern auch die Regierung Hoffmann an der Saar, für die der Besitz geradezu eine Lebensfrage ist. Die französische Saargrubenverwaltung (Regie des Mines de la Sarre), die im Jahre 1947 die Ausbeutung der Saargruben übernahm, verfügte über einen Reichtum, dem die nachfolgenden Ausführungen entstammen sind.

In dem Bericht der französischen Saar-Grubenverwaltung, der im ersten Jahreshaft der „Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer der Saarländer“ erschienen ist, heißt es, daß für das Jahr 1949 mit einer Gesamtkohlenförderung von 14,3 Mill. t gegenüber 12 150 000 t im Jahre 1948 zu rechnen ist. Die genauen Zahlen liegen erst für die ersten 11 Monate mit einer Förderung von 12 825 903 t vor. Die Förderung hat im Laufe des Jahres eine stetig steigende Tendenz gezeigt. Die erste Durchschnittproduktion pro Arbeitstag stellt sich auf Grund des Ergebnisses der ersten 11 Monate auf 46 041 t pro Arbeitstag, die Lei-

stungen der unter Tage eingesetzten Belegschaft auf 1344 kg arbeitsfähig. Der Umsatz aus dem Kohlenverkauf und der Nebenproduktion (Elektrizität, Gas, Teer usw.) beläuft sich auf rund 48 Mrd. Mfrs.

Ein Vergleich der Zahlen für 1948 und 1949 zeigt, daß man vorangekommen ist. Die Ergebnisse hätten nicht ohne die technischen und finanziellen Anstrengungen erreicht werden können, die die französische Saargrubenverwaltung seit 3 Jahren unternommen hat, um die Gruben instandzusetzen und zu modernisieren. Auch der Prozentsatz der Fehlschichten hielt sich auf einem niedrigen Niveau. Der Durchschnitt von 12,37% für 1948 wird voraussichtlich auch im Jahre 1949 nicht überstiegen, vielleicht sogar leicht unterschritten werden.

Die Arbeiten für die Modernisierung der Grubenleistungen schritten programmäßig voran. Ab Mitte 1953 soll die Tagesförderung 26 000 t erbringen, also rund 17 Mill. t im Jahr. Bei Beckbach wird eine neue hochwärmere Grube installiert für eine arbeitsfähige Förderung von 7300 t. In Bebbach-Hangard ist eine neue Kraftwerksanlage mit einer Erzeugung von 100 000 kW im Bau. In fast allen Gruben sind Verbesserungen vorgenommen worden. Auf der Grube Conchasson z. B. ist eine neue im Kriege bei der AEG in Berlin bestellte Fördermaschine mit „Belton-Förderung“ installiert worden.

Der Absatz wird ebenfalls

Im Jahre 1949 sind von der Gesamtkohlenförderung etwa 24 v. H. im Saar-

Wir greifen auf: Regierungsrund von heute

Vor kurzen hat in Hamburg eine Bundeskonferenz des Reichsbundes der Kriegswirtschaftlichen, der Sozialisten und ihrer Hinterbliebenen stattgefunden. Bundesminister Storch sprach u. a. über die zum 1. April bevorstehende Neuregelung der Kriegswirtschaft. Bundesminister Storch sprach u. a. über die zum 1. April bevorstehende Neuregelung der Kriegswirtschaft. Bundesminister Storch sprach u. a. über die zum 1. April bevorstehende Neuregelung der Kriegswirtschaft.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

Der Zustrom von Fremden war 1949 am Bodensee außerordentlich lebhaft. Besondere Beachtung verdient die von den Besatzungsmächten von Konstanz 1949 besuchte französische Fremdenliste. Die Zahl der Fremden im Vergleich zu nur 43.000 im Vergleich zu 134.000 im Jahre 1938. Die Übernachtungen erreichten im letzten Jahr mit 281.576 fast so viel wie 1938 (281.140). Die Zahl der Ausländer, die 1949 die Stadt besuchten, wird mit 12.263 angegeben, die übertraf damit sogar die Besucherzahl von 1938 (11.437) und lag weit über den Zahlen von 1948 (4007) und 1947 (3454). Von den 12.263 ausländischen Besuchern kamen 4418 aus Frankreich, 2104 aus der Schweiz und 5701 aus Amerika.

Auf einer Besprechung der Gewerkschaften der Industrie in Konstanz wurde darauf hingewiesen, daß die starke Weltwirtschaft der Dreißigerjahre die große Sorge der Landwirtschaft bilde. Die Lösung der Frage sei nur möglich durch eine stark-voll gesteuerte Wirtschaft durch Marktverhältnisse, also durch eine Art freiwilligen Planwirtschaft, die zu vernünftigen Preisen führe. Dabei müsse der Staat vorangehen, indem er für die unbedingt notwendigen Einfuhrerzeugnisse durch seine sich gegen die schmerzliche Devisenbeschaffung hemmend aus. Werde aber die Devisenbeschaffung frei, wozu zu rechnen ist, so würde für die deutsche Landwirtschaft eine ernste Krise ausbrechen, weil der Endverbraucher von seinem Standpunkt aus notwendigerweise eine höhere Nachfrage nach den Felderzeugnissen hätte. Die Entlohnung vor-

ausgehend, seien dabei die Spitzenverdienste zu einem Zeitmaßstab der deutschen Lohnentwicklung zusammengefaßt worden. Am Freitag trafen sich die Mitglieder des südwestdeutschen Wasserwirtschaftsverbandes in Freiburg zu einer Arbeitssitzung, wie sie in jedem Jahr zweimal stattfindet. Bei dieser Tagung stellte der Vorsitzende des Verbandes, Direktor Dorer von Schluchsee, dem neuen Geschäftsführer des Verbandes, Herrn Dr. Rühr (Heidelberg) von Nach der Geschäftsleitung berichtete der Leiter des Instituts für Gewässerbau in Karlsruhe, Dr. Schwarzmann, über Fragen der Wasserregulierung in Südwestdeutschland. Er berührte dabei auch die Frage der Wasserregulierung der großen südlichen Oberseen, die die beiden am Rhein fließenden, die die beiden großen Seen sind, die die beiden großen Seen sind, die die beiden großen Seen sind.

Die Hamburger Wirtschaft hat im letzten Jahr 1949 einen Aufschwung erlebt. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Amerikanische Zone

Der 1921 gegründete Südwestdeutsche Kavaliersklub, Landesverband Baden, dessen Arbeit viele Jahre ruhte, wird seine Tätigkeit wieder aufnehmen. Er beabsichtigt einen Zusammenschluß aller an Ober- und Mittellager Wirtschaftskreis und steht im Rufe des Rückmarsches auf die deutsche Wirtschaft. Wenn auch die Zweckmäßigkeit der Neukonstitution grundsätzlich anerkannt wird, so bliebe der Oberklub gegenüber dem Necker doch auch weiterhin die leitende Instanz. Der Verein setzt sich für eine stärkere Einbindung der Ober- und Mittellager Wirtschaftskreis und steht im Rufe des Rückmarsches auf die deutsche Wirtschaft. Wenn auch die Zweckmäßigkeit der Neukonstitution grundsätzlich anerkannt wird, so bliebe der Oberklub gegenüber dem Necker doch auch weiterhin die leitende Instanz.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Eine Einladung

Ein Exposé der amerikanischen „Foreign Policy Association“, der von einer Europa-Delegation zurückgebracht, hat den Vorschlag gemacht, die USA sollten doch die Schweizer Regierung einladen, an der Finanzierung des Marshallplans mitzuwirken. Die Schweiz soll nach diesem Vorschlag ihre Kreditpolitik wieder aufnehmen, die sehr erfolgreich war; so haben die Schweizer 1945-1946 an die Niederländer rund 600 Mill. Dollar geliehen. Eine Fortsetzung dieser Politik würde an der Durchführung des Marshall-Plans mitwirken und damit den Wiederaufbau Europas fördern. Nach Ansicht dieses Exposé bearbeitet die USA einen zweiten „Kreditplan“. Viel bemerkenswerter aber ist eine Forderung der amerikanischen Geschäftswelt, die er wie folgt ausspricht: „Auf einem Kontinent, wo das Außenbild vieler Staaten durch staatliche Regulierung des Außenhandels gekennzeichnet ist und wo die Innenpolitik im allgemeinen durch die Planung der Regierung charakterisiert wird, bildet die Schweiz eine Oase des privaten Unternehmertums, das nur durch verhältnismäßig milde Intervention eingeschränkt wird.“ Diese Beobachtung ist richtig. Sie müßte aber von den amerikanischen Experten bereits zu der Überlegung gezwungen haben, daß die gute amerikanische Einladung an die Schweiz verfehlt ist. Das Land hat aus den bisherigen Erfahrungen eine Lehre gezogen und wird auf diesen Vorschlag kaum anders als „sauer reagieren“. A.

Bombungen

Wie von der ECA bekanntgegeben wird, beginnt die von ihr erfolgte Aufklärung über die Notwendigkeit einer gesteigerten Ausfuhr von Waren aus dem ERP-Ländern nach den USA bereits die ersten Früchte zu zeigen. Viele Waren, darunter auch halbfertige Maschinen, europäische Textilwaren, erscheinen wieder in den amerikanischen Schaufenstern. Belgische Glaswaren, holländische Zigarren, italienische Juwelen, britischer Tweed, französische Parfums, skandinavische Möbel, dänischer Schinken und Schweizer Pharmazeutika.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Saargruben

Die Saargruben, die in den Jahren 1925 bis 1947 in ganz bedeutendem Umfang staatliche Zuschüsse erhielten, wurden auf eine neue Grundlage gestellt. Im Jahre 1948 haben allerdings die Amerikaner die saargrubenähnlichen Amerikaner, d. h. 11 Prozent des Verkaufsergebnisses, nicht gedeckt, und man kann sich nicht denken, daß das bereits in den nächsten Jahren der Fall sein wird. Die Überschüsse werden jedoch für die Instandhaltung der Gruben und die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Gruben benötigt. Um das erste Betriebskapital zu beschaffen, demzufolge der in Liquidation befindlichen Saargruben, A. G. abzurufen und um die laufende Investitionen zu vergrößern, hat der französische Staat, der die Saargruben übernommen hat, im Betrag von rd. 105 Mill. Frs. teils Vorwissen angezogen, teils sich für französische Bankkredite bedient. Diese Last, so heißt es in dem Bericht, werde in den drei nächsten Jahren noch erheblich zunehmen. Nur ein Teil der Investitionen habe bisher aus eigenen Mitteln finanziert werden können.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht. Die Produktion hat sich gegenüber dem Vorjahr um 10% erhöht.

Österreichs Interesse für Wasserstraßen-Projekte

Vor kurzem passierten bekanntlich die ersten jugoslawischen Dampfschiffe die österreichische Donau. Sie hatten 1200 t Fracht geladen. Österreich hat von dieser Transportart an sich keinen Nutzen, es heißt aber, sollte ein Eintragskonkurrenz von Seiten der Donaustaaten im eigenen Schiffsverkehr zu finden. Die Transportkosten nach den derzeit geltenden Bestimmungen von der sowjetischen und der amerikanischen Binnenschifffahrt geschätzt werden, außerdem wird eine Steigerung der österreichischen Binnenschifffahrt eingeht.

Der Verkehr der österreichischen Donauschiffe ist derzeit auf die Strecke Linz—Passau—Regensburg beschränkt. Künftig dieser Verkehr bis nach Wien ausgedehnt werden, würden sich bei Transport von Massengütern erhebliche Einsparungen an Transportkosten ergeben. Österreich verfügt den Ausbau der Wasserstraßen in der Nachbarländer mit größter Aufmerksamkeit, insbesondere auf deutscher Seite, wo verschiedene Projekte eingeplant werden. Der Aufbau des Hochrheins und der Rhein-Main-Donau-Kanal stehen hier im Vordergrund, weil hier u. U. der Wasserweg nach den Donau-Staaten geöffnet wird.

Anteil an Triester Hafenverkehr

Der Triester Hafenverkehr hat im abgelaufenen Jahr einen starken Aufschwung genommen. Die Ankünfte sind in den ersten 10 Monaten 1949 gegenüber der korrespondierenden Periode 1948 von 11,5 auf 14 Mill. Tonnen gestiegen, auf dem Landweg von 2,5 auf 3,1 Mill. Tonnen, besonders stark war die Zunahme der Ankünfte aus den Donauländern, und zwar von 2,4 auf 3,7 Mill. Tonnen, davon kamen die meisten Güter aus Österreich mit 3,1 Mill. Tonnen, an zweiter Stelle steht die Tschechoslowakei. Deutschland hat seinen Umschlag ebenfalls erhöht. Es ist allerdings nicht festzustellen, ob es sich nicht etwa um Reparaturarbeiten handelt, die im Triest verarbeitet werden. Es ist zu erwarten, haben auch die Verfrachtungen der Bahn von Triest nach den Donauländern, hier wieder in erster Linie nach Österreich mit 10,5 Mill. Tonnen von insgesamt 13 Mill. Tonnen.

Der Umschlag des Hafens übertrifft nun den von Vorkriegszeit. Das Hafengebiet wurde mit einem Aufwand von rund 3 Milliarden Lire völlig hergestellt. Allerdings, so wird hervorgehoben, „aus einem Handel der von außen bezogen wird“, so werden z. B. die ERP-Mittel für Österreich über Triest geleitet.

Unter Inflationdruck

In einem Rückblick auf die österreichische Wirtschaft im Jahre 1949 gelang das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung zu der Feststellung, daß die Wirtschaft in Österreich im vergangenen Jahr im Zeichen einer anhaltenden Nachkriegskonjunktur bei übermäßigem Geldzufluss zu stehen gekommen hat. Die umlaufende Geldmenge stieg von 11,3 Milliarden Schilling Anfang 1949 auf 17,4 Milliarden Ende des Jahres, d. h. fünfmal so viel wie im Jahre 1947 und nur 1,4 Milliarden weniger als vor der Wehrmachtbesetzung 1945. Die Lebenshaltungskosten stiegen im Jahre 1949 um 20%, die Geldumlauf um 80%, die Kreditexpansion in drei Quartalen um 3 Milliarden Schilling, die Güter- und Leistungsvolumen um 10—15%. Dieser inflationäre Druck auf die Wirtschaft hat bewirkt, daß in Österreich weiterhin ein Verkaufsmarkt besteht. Die Wehrmachtbesetzung nach der Pfändwertung im September 1949

führte zu spekulativen Preissteigerungen und zu einer Kaufkraftkrise, die durch reichliche Überproduktionen in den Wirtschaftszweigen gefördert wurde.

Neuregelung des Devisenverkehrs

Eine Neuregelung des Devisenverkehrs kündigte im Januar die „Wiener Zeitung“ an, die der österreichischen Bundesregierung nahesteht. In der Zeitung wird ausgedrückt, daß die nach der Abwertung eingeführte Dreifachung des Devisenverkehrs nicht zum Erfolg geführt habe. Es soll nunmehr ein einheitlicher Kurs erhalten werden, der ein neues Preisbild von Angebot und Nachfrage der betroffenen Devisen setzt müsse. Bereits vor längerer Zeit habe die österreichische Wirtschaft die Einführung eines freien Devisenverkehrs verlangt. Das Hauptmotiv der Bundesregierung sei die Monopolisierung der Handelsbeziehungen habe festgestellt, daß die Kursanpassung von November vorigen Jahres für den Außenhandel nicht den erwünschten Erfolg gebracht habe.

Kleidermachereverbot fordert Import aus Deutschland

Durch die Neuregelung der österreichischen Devisenkurse ist das Kleidermachereverbot in eine sehr kritische Lage geraten, weil zu den derzeitigen Bestimmungen und bei den zum minimalen Devisenverbrauchen eine ausreichende Versorgung mit wichtigen Textilien unmöglich geworden ist. Es fehlen vor allem Flanellstoffe, Einlagenstoffe sowie Oberstoffe. Das Gewerbe fordert dringlich die Einfuhr von Textilien — wie vor dem Krieg und bis vor 3 Monaten — auf den traditionellen Lieferländern Deutschland, der Tschechoslowakei, Frankreich, England, Belgien usw. und verlangt, daß bei den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit Westdeutschland (im Februar) und den anderen Ländern die Bedürfnisse der Kleidermachereverbot starkstens berücksichtigt werden.

Industrie wünscht Kurzwährungsreform

Die österreichische Industrie fordert dringend eine Überwindung der neuen Schillingkurve, da sich seit der Situation des Außenhandels außerordentlich verschlechtert hat. Obwohl die neue Regelung auf Grund der drei Währungsarten erst seit kurzem in Kraft ist, hat sich doch bereits gezeigt, daß seine Beibehaltung sowohl den Rohstoffimport als auch die Entwicklung des Außenhandels erschweren wird. Die Industrie wünscht eine Währungsreform, die nicht insofern ein Vorteil wäre, wenn sich jedoch gerade bei den wichtigsten österreichischen Wirtschaftszweigen, die Rohstoffe importieren müssen, geradeum verhalten würde.

ERP-Mittel für den Fremdenverkehr

In Übereinstimmung mit den neuen Richtlinien für die Gewährung von ERP-Mitteln für die Exporteure und alle Fremdenverkehrsleistungen Einflüssen von wachsendem Interesse. Der österreichische Fremdenverkehrsverband stellt, das 300 Mill. Schilling aus ERP-Mitteln für den österreichischen Fremdenverkehr vor. Diese Summe soll von 1950 bis 1952/53 ausbezahlt werden und in erster Linie Investitionen dienen, die den Fremdenverkehr fördern. Die österreichische Fremdenverkehrswerbung 1949 von 21,5 Millionen (1948 von 19,5 Millionen) und die Werbungskosten stiegen im Jahre 1949 um 20%, die Kreditexpansion in drei Quartalen um 3 Milliarden Schilling, die Güter- und Leistungsvolumen um 10—15%. Dieser inflationäre Druck auf die Wirtschaft hat bewirkt, daß in Österreich weiterhin ein Verkaufsmarkt besteht. Die Wehrmachtbesetzung nach der Pfändwertung im September 1949

lung in der bisherigen Behandlung des Fremdenverkehrsvertrages. Für das vergangene Jahr betrug die Schilling aus ERP-Mitteln bewilligt worden sind. Österreich hofft, seine Zahlungsbilanz — wie vor 1938 — bald wieder aus dem Devisenmarkt des Fremdenverkehrs weitgehend ausgleichen zu können.

Osterreich — Mitteleuropa

In der ersten Februarwoche wurden in Wien Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Österreich und Rumänien stattgefunden. Bisher bestanden zwischen Wien und Bukarest noch keine Vertragsbeziehungen, obwohl von beiden Seiten mehrfach betont wurde, daß man ein starkes Interesse an einem Wirtschaftsvertrage habe. Die derzeitigen Warenlieferungen nach beiden Richtungen sind minimal. Gleichwohl wird sich der Zusammenschluß der österreichisch-rumänischen Wirtschaftskommission erwarten, der im nächsten Monat in Wien stattfinden soll. Der Vertrag wird Mitte Januar abgeschlossen werden.

Kein europäisches Stahlkartell

Das unterirdische Komitee in Brüssel beschleunigt die Verhandlungen mit London, was sich in Kürze zur Bildung eines europäischen Stahlkartells stimmen würde, den Großbritanien, Frankreich und Deutschland angehören sollen, als „phantastisch“ die Reize eines Vertreters der westdeutschen Stahlindustrie nach London und Brüssel wird dagegen mit Verwahrung wegen der Abgrenzung bestimmter deutscher Spezialstähle nach England und Belgien in Verbindung gebracht, die vor dem Krieg in großen Mengen nach diesen Ländern gingen, und deren Ausfuhr nach England und Belgien seit Kriegsende in geringem Umfang bereits wieder aufgenommen wurde.

Zwischen Großbritannien und Österreich

Zwischen Großbritannien und Österreich wurde in Wien ein Zahlungsabkommen abgeschlossen, das nach Mitteilung des britischen Außenministeriums am 31. Januar in Kraft tritt.

Erhöhung der schwedischen Bahntarife unvermeidlich

Wie ein Direktor der SBB mitteilte, wird eine weitere Erhöhung der Bahntarife und im Zusammenhang damit auch eine Erhöhung der Verkehrsgebühren auf der Straße nicht zu vermeiden sein.

Japan hebt Metallkontrollen auf

Alle Preis- und Handelsbeschränkungen für Zinn und Antimon sind in Japan mit Wirkung vom 1. Januar 1950 aufgehoben worden.

Tschechische Handelsbilanz ausgeglichen

Die Tschechoslowakei importierte im Vorjahr Waren für 30 299 Mill. Kronen und exportierte für 30 299 Mill. Kronen, so daß sich ein Aktivum in der Handelsbilanz von 900 Mill. Kronen ergab. Gegenüber 1948 war die Einfuhr um 184 Mill. Kronen größer, während der Wert der Ausfuhr um 279 Mill. Kronen schrumpfte. Die Rohstoffeinfuhren sind seit 1948 — als Folge der forcierten Industrialisierung und des großen Nachschubbedarfes — von 42,6% auf 54,4% der Gesamteinfuhr gestiegen. Wertmäßig lagen die Rohstoffeinfuhren mit 21 810 Mill. Kr. um 67% höher als 1948. Die ausgewählten Ausfuhrerfolge werden von der amtlichen Propaganda als Folge des Neuaufbaus der staatlichen Außenhandelsorganisation und der Verbesserung der industriellen Produktionsbasis bezeichnet. 1949 gingen bereits 45% der gesamten Einfuhr nach dem Konsumgütersektor. Es wird angekündigt, daß in diesem Jahr die Zusammenarbeit mit den Staaten der sozialistischen Planwirtschaft noch wesentlich gesteigert werde.

Liquidierung der rumänischen Devisenbilanz

Die verstaatlichte rumänische Devisenbilanzverwaltung, die bisher haben der sowjetisch-rumänischen Schiffahrtsgesellschaft „Sovromtrans-

port“ weiterbestand, wurde Ende vorigen Jahres aufgelöst und liquidiert. Ihr Schiffpark wurde als Kapitalanteil des rumänischen Staates in die „Sovromtrans“ einbezogen, das heißt, das rumänische Vermögen wird an verschiedene Einrichtungen verteilt. Die Monopolisierung der sowjetisch-rumänischen Schiffahrtsgesellschaft wurde dadurch vollständig.

Belgiens Außenhandel stark passiv

Die belgische Außenhandelsbilanz im ersten Halbjahr 1949 zeigt einen Exportüberschuss von 2,4 Milliarden, im zweiten ein Importüberschuss von 2,3 Mrd. Bfrs. Der Außenhandel Belgiens hat sich von den Rückschlägen der letzten Monate erholte, wie aus nachstehender Übersicht ersichtlich ist (in Mill. Bfrs.):

Einuhr	Ausfuhr	Saldo	
Juli	2230	7960	+ 5730
August	2430	8050	+ 5620
September	2410	6220	+ 3810
Oktober	2650	2640	+ 10
November	3030	5440	+ 2410
Dezember	3070	6340	+ 3270

Bis zum Juli war ein Exportüberschuss von 2,4 Milliarden Bfrs. entstanden, in der Periode August — Dezember ergab sich ein Fehlbetrag von 3,3 Milliarden Bfrs. Der Exportüberschuss in der ersten Hälfte des Jahres war hauptsächlich durch die überhöhten Preise einiger Erzeugnisse, insbesondere von Metallerezeugnissen, auf dem Weltmarkt zurückzuführen. Normalerweise hat Belgien einen leichten Einfuhrüberschuss.

Die belgische Ausfuhr hat gegenüber den drei vorhergehenden Jahren einen Höchststand erreicht, während die Einfuhr um 4,5 Milliarden Bfrs. unter der des Jahres 1948 lag. Der Fehlbetrag in der Handelsbilanz wird reichlich durch die Erträge des Fremdenverkehrs, der Ausleihungsverhältnisse und anderer Gründe, so daß die Zahlungsbilanz Belgiens ein positives Bild aufweist.

Belgiens Außenhandel stark passiv

Im ersten Halbjahr 1949 ein Exportüberschuss von 2,4 Milliarden, im zweiten ein Importüberschuss von 2,3 Mrd. Bfrs.

Der Außenhandel Belgiens hat sich von den Rückschlägen der letzten Monate erholte, wie aus nachstehender Übersicht ersichtlich ist (in Mill. Bfrs.):

Einuhr	Ausfuhr	Einuhrüberschuss	
1948	27,0	22,2	4,8
1947	24,0	11,7	12,3
1946	24,0	13,1	10,9
1945	21,7	7,7	14,0

Die Zunahme der Einfuhr im Dezember gegenüber dem Vormonat um 640 Mill. Bfrs. ist in erster Linie auf die Erhöhung der Einfuhr von Rohstoffen für die Textilindustrie zurückzuführen. Der Geschäftsumsatz sich auf dem Weltmarkt entwickelte, auch wurden mehr Rohmaterialien eingekauft. Die Ausfuhr ist im Dezember in der Regel größer als in den übrigen Monaten, doch lag sie diesmal über dem Normalen. Die Industriekommission Belgiens ist im Dezember auf 123 gestiegen gegenüber 118 im November, 115 im September und 105 im Juli. Die belgische Eisen- und Stahlproduktion übersteigt im Dezember die Grenze von 300 000 t, während sie außer im Juni in den letzten Monaten im Durchschnitt etwa 275 000 t betragen hatte. Die Stahlrollenverträge, die vor einigen Monaten nahezu 3 Mill. Tonnen betragen hatten, sind auf 1,7 Mill. t zurückgegangen. Die belgische

Regierung lehnt höhere Einfuhren ausdrücklich ab, so lange sich die Absatzmöglichkeiten nicht wesentlich verbessert haben, ohne Rücksicht darauf, daß die letzten belgische Eisenabfälle, die belgische Industrie nationalisiert, Belgien exportiert, zur Zeit Steinkohle unter Inlandpreisen, so daß die Ausfuhr gegenwärtig ziemlich groß ist. So wurden im

Ein deutscher Erfolg

In Brüssel. Wieder einmal ist ein deutsches Unternehmen, trotz heftigen Wettbewerbs belgischer, niederländischer und italienischer Firmen bei einer großen Kabelauschreibung erfolgreich gewesen.

Die „Belle des Télégraphes“ et Téléphones“ in Brüssel hatte die Lieferung von Telefonkabeln in drei Lose ausgeschrieben. Die drei Lose seien an die Firma Südkabel in Mannheim.

Wie aus nachstehender Aufstellung hervorgeht, beizugewinnen zwischen dem einzelnen Unternehmen oft sehr große Einzelerlöse.

Die belgische Außenhandelsbilanz im ersten Halbjahr 1949 zeigt einen Exportüberschuss von 2,4 Milliarden, im zweiten ein Importüberschuss von 2,3 Mrd. Bfrs. Der Außenhandel Belgiens hat sich von den Rückschlägen der letzten Monate erholte, wie aus nachstehender Übersicht ersichtlich ist (in Mill. Bfrs.):

Einuhr	Ausfuhr	Saldo	
Juli	2230	7960	+ 5730
August	2430	8050	+ 5620
September	2410	6220	+ 3810
Oktober	2650	2640	+ 10
November	3030	5440	+ 2410
Dezember	3070	6340	+ 3270

Belgiens Außenhandel stark passiv

Im ersten Halbjahr 1949 ein Exportüberschuss von 2,4 Milliarden, im zweiten ein Importüberschuss von 2,3 Mrd. Bfrs.

Der Außenhandel Belgiens hat sich von den Rückschlägen der letzten Monate erholte, wie aus nachstehender Übersicht ersichtlich ist (in Mill. Bfrs.):

Einuhr	Ausfuhr	Einuhrüberschuss	
1948	27,0	22,2	4,8
1947	24,0	11,7	12,3
1946	24,0	13,1	10,9
1945	21,7	7,7	14,0

Die belgische Außenhandelsbilanz im ersten Halbjahr 1949 zeigt einen Exportüberschuss von 2,4 Milliarden, im zweiten ein Importüberschuss von 2,3 Mrd. Bfrs. Der Außenhandel Belgiens hat sich von den Rückschlägen der letzten Monate erholte, wie aus nachstehender Übersicht ersichtlich ist (in Mill. Bfrs.):

Einuhr	Ausfuhr	Einuhrüberschuss	
1948	27,0	22,2	4,8
1947	24,0	11,7	12,3
1946	24,0	13,1	10,9
1945	21,7	7,7	14,0

Strom aus Abfall

In Antwerpen. Der Stadtrat von Antwerpen hat einen Plan gebilligt, innerhalb von drei Jahren ein Elektrizitätswerk mit einem Kostenaufwand

England nimmt keine Rücksicht

Die britische Regierung beachtet die italienischen Aktivitäten gegenüber Großbritannien dadurch zu verhindern, daß sie die Einfuhr schwerer Maschinen aus England, durch Kreditgewährung fördert. Der italienische Aktivist hat immer noch bei über 50 Mill. Pfund Sterling Betrag sollte durch Maschinenexporte in Höhe von 100 Mill. Pfund Sterling halbiert werden. Was nach dem Londoner Wochenblatt „The Economist“ mitteilt, ist es mehr als zweifelsfrei, daß sich die britischen Hoffnungen verwickeln, da die Maschinenlieferungen in Großbritannien den Vorrat hätten. Die britischen Lieferanten würden kaum vor Ablauf von 20 bis 25 Jahren die italienischen Wünsche befriedigen können.

Reisige USA-Getreidebestände

Über die gesamten nordamerikanischen Getreidebestände am 1. Januar 1950 in allen Bins und sonstigen Getreide-Lagern der Vereinigten Staaten gibt das nordamerikanische Landwirtschaftsministerium folgende Zahlen bekannt. (in Mill. Bushel)

	1.1.50	1.1.49
Weizen	904	837
Maiz	3430	3443
Roggen	870	874
Gerste	180	230
Sorgho	112	88
Boggen	17,4	

Die Bestände in Weizen und Maiz am 1. Januar 1950 sind die höchsten in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Die Bestände in Roggen, Gerste und Sorgho sind auf dem Normalstand, in Bogen sind sie jetzt höher als der Durchschnitt und erheblich höher als in den vergangenen 3 Jahren.

USA-Konjunktur in Zahlen

Zur Konjunkturbeobachtung der nordamerikanischen Wirtschaft liegen folgende Zahlen vor:

	1.1.50	1.1.49
Barwertindex des Geschäftsumsatzes (1935=100)	112,4	124,8
Ausnutzung der Stahlkapazität (in %)	93,3	101,1
Produktion von KZ in den USA u. Kanada (in 1000 Einheiten)	130,0	114,5
Wagnisgetreide (in 1000)	81,0	100,3
Produktion von KZ in den USA u. Kanada (in 1000 Einheiten)	47,9	44,3
Stahlkapazität (in 1000 Einheiten)	1250	11400
Produktion von KZ in den USA u. Kanada (in 1000 Einheiten)	130,0	114,5

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Belgische Kohlenförderung gestiegen

Die belgische Kohlenförderung betrug im vergangenen Jahr 37,94 Mill. t, gegenüber 36,87 Mill. t 1948. In 1950 wird mit einer Förderung von 29 Millionen t gerechnet.

Lothringische Notizen

Grubengruben in Metz

Auf Einladung der Handelskammer Metz und Nancy fand in Metz eine Konferenz zwischen Grubenbesitzern und Konstrukteuren von Grubenmaschinen statt. Die lothringischen Bergwerke zu modernisieren. Nach Mitteilung der Handelskammer ist ein Teil der Maschinen wegen Überalterung durch moderne Werkzeuge ersetzt zu werden und die Vereinigten Staaten, erstellt werden, auch neuartige Grubenmaschinen hergestellt sein. In lothringischen Gruben eingesetzt worden, die die Lothringischen Bergwerke zu modernisieren. Nach Mitteilung der Handelskammer ist ein Teil der Maschinen wegen Überalterung durch moderne Werkzeuge ersetzt zu werden und die Vereinigten Staaten, erstellt werden, auch neuartige Grubenmaschinen hergestellt sein. In lothringischen Gruben eingesetzt worden, die die Lothringischen Bergwerke zu modernisieren.

Neue „Syndicat d'Initiative“

In Lothringen ist das „Syndicat d'Initiative“ die Tätigkeit einer Art örtlichen Handelskammer (Association de Commerce) oder eines Fremdenverkehrsvereins (Commission de Tourisme) aus. Es erfüllt Aufgaben über Unterbringung von Personen und über die Möglichkeit der Niederlassungen von Industriellen und Kaufleuten. Ein dergleichen Syndikat wurde in Metz gegründet. Das Büro befindet sich in der Caserne Richemont. Zum Präsidenten wurde Kaufmann Jean Klein gewählt. Das „Syndicat d'Initiative“ von Saarbrücken, dessen vor Jahresfrist geschaffenes provisorisches Komitee, trotz der von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellten Mittel, seine Tätigkeit nur ausnahmsweise erfüllen, wurde neu ins Leben gerufen und

Vergrößerung der Rheinflotte

Die französische Rheinflotte, von der seit Anfang 1947 98 neue Schiffchen in Betrieb genommen wurden, soll im Jahre 1950 durch 30 Schiffe, 60 Motorschiffe und 3 Schlepper mit einem Einsatz von 4,5 Millionen fr. vergrößert werden.

Brasserie Schützenberger

Die „Grande Brasserie de la Patrie Schützenberger & Co. S. A.“ (Schilling) hat der Generalversammlung des Jahresberichts 1948—49 vorgelegt. Er weist einen Totalgewinn von 24,7 Millionen fr. auf und einen Nettogewinn von 4,5 Millionen. Die Dividende wurde auf 200 fr. pro Aktie festgesetzt. Die Generalversammlung beschloß die Vergrößerung des Sozialkapitals von 30 auf 40 Millionen durch Heranziehung der Reserven. Der Nominalwert der Aktie wurde von 2000 auf 4000 fr. erhöht. Der Aufsichtsrat wurde ernannt, weitere Kapitalerhöhungen vorzunehmen bis zu einer Höhe von 40 Millionen.

Maschinenbau Schillingheim

Die „Constructions Mecaniques Schillingheim (Gommern)“ beschloß auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung die Erhöhung des Kapitals von 40 auf 80 Millionen, durch Heranziehung der Reserven. Der Aufsichtsrat wurde ernannt, den Nominalwert der Aktie auf höchstens 100 Millionen zu erhöhen.

Einkauf der Wendel

Das Kapital der „Petite Fils de Francoise de Wendel et Cie.“ soll von 40 auf 60 Millionen erhöht werden. Durch Heranziehung der Reserven und Erhöhung des Nominalwerts der Aktien von 300 auf 200 fr.

Welt-Warenmärkte

Vor einem gewaltigen Rückschlag

Europa schaltet sich wieder stärker ein - Das Tauschen um Deutschlands Beitritt zum Weizenabkommen - Die USA bieten England billigeren Weizen an - Feste Haltung an fast allen Rohstoffmärkten

In der vergangenen Woche zeigten sich in den internationalen Warenmärkten Entwicklungstendenzen, die wahrscheinlich schon in naher Zukunft zu grundlegenden Veränderungen führen werden. Diese Auswirkungen auf den Weltmarkt werden sich einmal in einer Verschiebung der Warenpreise zeigen, werden können sie auch in verstärkter Beachtung der Preisstruktur des Rohstoffmarktes. Von Einfluss auf den Preis der Warenpreise dürfte eine Veränderte Förderung der britischen parlamentarischen Haushaltsrechnung sein, die nach dem Vertrag von London, nach dem die britische Regierung sich verpflichtet hat, die Produktion von Weizen in diesem Jahre nicht mehr als 100 Millionen Zentner zu betreiben. Diese Produktion ist gegenüber dem Jahre 1947/48 um 100 Millionen Zentner zu vermindern. Die britische Regierung hat sich verpflichtet, die Produktion von Weizen in diesem Jahre nicht mehr als 100 Millionen Zentner zu betreiben. Diese Produktion ist gegenüber dem Jahre 1947/48 um 100 Millionen Zentner zu vermindern.

Über die argentinischen Getreideerträge sind die Meldungen widersprüchlich, zumal die argentinischen Behörden nicht alle zentralisierten Anbauflächen angeben. Es ist zu erwarten, dass die Ausbeute der argentinischen Getreideerträge in diesem Jahre nicht mehr als 100 Millionen Zentner betragen wird. Die britische Regierung hat sich verpflichtet, die Produktion von Weizen in diesem Jahre nicht mehr als 100 Millionen Zentner zu betreiben. Diese Produktion ist gegenüber dem Jahre 1947/48 um 100 Millionen Zentner zu vermindern.

Bestätigung dieser Ansicht kommt aus London, wo die britischen Warenmärkte am 26. Januar, 1948, über die Produktion der britischen Getreideerträge in diesem Jahre nicht mehr als 100 Millionen Zentner betragen wird. Die britische Regierung hat sich verpflichtet, die Produktion von Weizen in diesem Jahre nicht mehr als 100 Millionen Zentner zu betreiben. Diese Produktion ist gegenüber dem Jahre 1947/48 um 100 Millionen Zentner zu vermindern.

der Marktpreise und auf eine gewisse Klärung der Angelegenheiten im Jahre 1948, über die Details noch zu berichten sind. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Table with 2 columns: Commodity (e.g., Weizen, Roggen, Gerste) and Price (e.g., 21.50, 21.00). Includes sub-sections for 'Weizenpreise in Chicago' and 'Roggenpreise in Chicago'.

Table with 2 columns: Commodity (e.g., Weizen, Roggen, Gerste) and Price (e.g., 21.50, 21.00). Includes sub-sections for 'Weizenpreise in London' and 'Roggenpreise in London'.

Table with 2 columns: Commodity (e.g., Weizen, Roggen, Gerste) and Price (e.g., 21.50, 21.00). Includes sub-sections for 'Weizenpreise in New York' and 'Roggenpreise in New York'.

Table with 2 columns: Commodity (e.g., Weizen, Roggen, Gerste) and Price (e.g., 21.50, 21.00). Includes sub-sections for 'Weizenpreise in Bombay' and 'Roggenpreise in Bombay'.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

den letzten Wochen an starkem Anstieg, der die Weltmärkte für Rohstoffe im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Rohstoffe sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Edelmetalle im Jahre 1949

Silber stieg auf Rekord - Platin als Hortungsmittel

Die Entwicklung der Preise für Edelmetalle während des Jahres 1948 geschah unter dem Einfluss von mehreren Faktoren, die zu einem starken Anstieg der Preise für Silber und Platin führten. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Edelmetalle sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Edelmetalle sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Edelmetalle sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Edelmetalle sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

Die Preise für Edelmetalle sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr. Die Marktpreise sind im allgemeinen stabil, mit Ausnahme der Baumwolle, die im vergangenen Jahr einen starken Anstieg erfuhr.

